

INTRO Ende April 2018 trafen sich in der zentralchinesischen Stadt Wuhan der chinesische Staatschef Xi Jinping und der indische Ministerpräsident Narendra Modi zu einem kurzfristig angesetzten Gespräch, in dem sie „in freundschaftlicher Atmosphäre“ die geopolitische Lage erörterten und „Möglichkeiten der Kooperation“ ausloteten, wie es von den offiziellen Stellen hieß. Die Zusammenkunft kam unerwartet: Nur ein Dreivierteljahr davor, im Sommer 2017, waren die beiden Länder um ein Haar wegen eines Straßenbauprojekts der Chinesen in Bhutan militärisch aneinander geraten; der Konflikt hatte bei Beobachtern sofort Erinnerungen an den einmonatigen indisch-chinesischen Grenzkrieg von 1962 hochkommen lassen.

In der Zwischenzeit aber hat sich die Weltlage wieder einmal gedreht. Die militärische Aufrüstung und der wirtschaftliche Vormarsch der Chinesen, der umso sichtbarer wird, je klarer sich die Konturen ihrer über eine Billion Dollar gewichtigen Belt-And-Road-Initiative (BRI) abzeichnen, machen nicht nur viele Anrainerstaaten nervös, sondern auch die USA. Indien, traditionell auf größtmögliche Unabhängigkeit bedacht, wird deshalb immer wieder als möglicher Teil einer Achse mit den USA, Japan und Australien genannt, um ein Gegengewicht zu bilden. Ein Konflikt im Kleinen würde also sofort unabsehbare geopolitische Folgen haben.

Beiden Staatsführern mag eingeleuchtet haben, dass es in dieser Situation besser ist, das Gespräch zu suchen. Xi will sich in seinem Vorwärtsdrang nicht bremsen lassen, aber nicht in Kleinkriege verzetteln. Modi weiß, dass die dringend notwendigen strukturellen Reformen in seinem Land nur in Friedenszeiten gelingen können. Militärische Konfrontationen vor dem Hintergrund einer globalen weltwirtschaftlichen Kulisse, die von einseitig protektionistischen Maßnahmen der USA und drohenden Gegenmaßnahmen geprägt ist, sind Gift für eine koordinierte Zukunftsplanung. Das informelle Treffen in Wuhan hatte auch das Ziel, einen Konfliktregelungsmodus für künftige Streitigkeiten zu finden.

Die beiden riesigen Staaten werden voraussichtlich die wirtschaftlichen und politischen Pole des asiatischen Jahrhunderts sein. Es sind Pole von unterschiedlicher Größe. Obwohl sie 1980 ökonomisch noch ungefähr gleichauf lagen, ist China inzwischen mit einem Bruttonationalprodukt von 12 Billionen Dollar fünfmal so groß wie Indien.

Doch die größte Demokratie der Welt übertrumpft mit Raten über sieben Prozent seit einigen Jahren das Wachstum der Volksrepublik; an Frankreich ist Indien bereits vorbeigezogen, und in wenigen Jahren dürfte auch die ehemalige Kolonialmacht Großbritannien überholt sein – für die Inder eine besondere Genugtuung. Während China sein Wirtschaftsmodell von einem exportgetriebenen auf ein stärker vom Binnenkonsum getragenes umzustellen versucht, befindet sich Indien erst in einer Frühphase eines womöglich jahrzehntelangen Aufholprozesses.

Die demographischen Aussichten dabei sind vergleichsweise gut: Während Chinas Bevölkerung bei rund 1,4 Milliarden stagnieren wird, dürfte jene Indiens bis 2050 auf 1,6 Milliarden steigen. Wie stabil das Verhältnis dieser beiden bevölkerungsreichsten Länder der Erde zueinander ist, muss die Welt also interessieren. Denn durch sie ergibt sich – im Zusammenspiel mit Russland – eine fundamentale geoökonomische und –politische Veränderung nicht nur im eurasischen Raum, sondern global.

Nach dem multipolaren 19. Jahrhundert, in dem sich die fünf Großmächte Russland, Großbritannien, Frankreich, Preußen und Österreich-Ungarn die Macht aufteilten, dem nachfolgenden Aufstieg des Deutschen Reichs ebenso wie Amerikas, den Wirren

des „Zweiten Dreißigjährigen Kriegs“ von 1914 bis 1945 und der bipolaren Weltordnung bis zum Kollaps der Sowjetunion 1989 waren die USA als einzige Supermacht übrig geblieben. Nun ist die Welt erneut in Unordnung geraten. Der „Abstieg des Westens“, wie der deutsche Außenminister Joschka Fischer sein neuestes Buch genannt hat, scheint gewiss zu sein – in jedem Fall aber eine gewaltige Bedeutungsverschiebung in Richtung Osten. Der Politologe Kishore Mahbubani aus Singapur hält diese Entwicklung in seinem neuen Buch „Has the West lost it?“ sogar für einen Rückkehr zum Normalzustand: Die 200 Jahre von 1800 bis 2000, in denen der Westen dominierte, seien historisch betrachtet eine Anomalie gewesen.

Doch noch ist keine neue Multipolarität, aus der sich ein neues Gleichgewicht ergeben könnte, in Sicht. Von einer „nicht-polaren Welt“ sprach Richard N. Haass, der langjährige Präsident des Council on Foreign Relations, bereits 2008. Solche Zustände der Unordnung sind brandgefährlich. Gab es vor dem Ersten Weltkrieg jede Menge Schlafwandler, so sind es heute Wachwandler, die Sorgen bereiten.

Umso wichtiger ist es, den Charakter jener beiden Giganten Asiens besser zu verstehen, bei denen unbestritten ist, dass sie im 21. Jahrhundert eine bedeutende Rolle auf der Weltbühne spielen werden, auch wenn diese Rolle noch nicht genau spezifiziert ist. Die vorliegende Schrift versammelt, verdichtet und aktualisiert Beiträge der beiden Autoren, die in den letzten Monaten in diversen Büchern und Medien erschienen sind. Der so entstandene Großessay soll dem interessierten Publikum einen Einblick in den Werdegang, kulturelle Besonderheiten und politische, ökonomische sowie militärische Perspektiven geben.

• 4 •

. . .

## INDIEN: DER ELEFANT IM SCHATTEN DES DRACHEN.

Das Global Education Center des IT-Konzerns Infosys im südwestlich von Bangalore gelegenen Mysor umfasst 130 Hektar mit über 100 Gebäuden von feinsten grüner Architektur für 16.000

Trainees und 7.000 Mitarbeiter samt komfortablen Unterkünften. Der riesige Park zählt tausend Bäume. In ihm wird organischer Obst- und Gemüsebau betrieben. Dann und wann kommt es vor, dass auf dem Areal des globalen Ausbildungszentrums für das IT-Unternehmen mit 205.000 Mitarbeitern ein analphabetischer Bauer auf seinem zweirädrigen Karren gesichtet wird, gezogen von zwei höckrigen Ochsen mit einem großen Balken im Nacken. Zwischen Ohr und Schulter hat der Bauer ein Mobiltelefon geklemmt.

Was für ein Kontrast! Es begegnen sich das Agrarzeitalter und das digitale Zeitalter zeitgleich an einem Ort.

Indien ist eine der ältesten Zivilisationen der Erde. Bereits 2500 v. Chr. entstand im Indus eine frühe Hochkultur mit eigener Schrift und einer diversifizierten Gesellschaft. Seine wechselvolle Geschichte führt unter anderem über die Herrschaft des Maurya-Reiches mit seinem berühmten Herrscher Ashoka, die südindische Chola-Dynastie über islamische Reiche bis in die glanzvolle Epoche der Mogulzeit. Diese begann 1526 mit der Regentschaft des Enkels von Timur Lenk Babur, erreichte unter Akbar einen Höhepunkt, um dann aus Schwäche 1757 unter den Herrschaftseinfluss der von Elisabeth I. bewilligten britischen Ostindien-Kompanie zu gelangen.

• 5 •

Die systematische Ausbeutung des Subkontinents durch die Ostindien-Kompanie führte im Jahr 1857 zum indischen Aufstand. Nach seiner blutigen Niederschlagung wurde Indien als Juwel in der Krone zur Kronkolonie des britischen Reiches, bis es nicht zuletzt dank des gewaltlosen Kampfes von Mahatma Gandhi am 15. August 1947 („Freedom at Midnight“) die Unabhängigkeit erlangte. Die Freiheit war allerdings verbunden mit dem blutigen Preis einer Abtrennung Pakistans, von dem sich in der Folge wiederum Ostpakistan als Bangladesch trennte. Aus der Trennung 1947 entstand der bis heute währende Dauerkonflikt um die Kaschmir-Region.

Die große Geschichte kontrastiert mit der heutigen Rückständigkeit. 70 Prozent der Inder leben als Klein- und Kleinstbauern im ländlichen Raum. Sie stellen 50 Prozent der Erwerbstätigen, aber erwirtschaften nur 14 Prozent des Bruttosozialproduktes. Damit ist Indien nach wie vor ein agrarisch geprägtes Land, das stark vom Monsunregen abhängig ist. Dieser kann zu gering oder zu intensiv ausfallen. Beides bedeutet geringe Ernte mit Armut und Hunger als

Folge. Aber auch eine gute Ernte ändert nicht viel, weil dann die Preise sinken. Unter diesen Umständen besteht immer auch noch ein hoher Grad an Analphabetismus. Er beträgt bei den Männern etwa 20 Prozent, bei den Frauen sogar 40 Prozent. Letzteres zeigt beispielhaft die große Notwendigkeit der Emanzipation der indischen Frauen.

Diese Rückständigkeit, die sich auch in der teilweise katastrophalen Verkehrsinfrastruktur und in der schlechten Versorgung mit sauberem Trinkwasser äußert, hängt mit der lange Zeit nachhinkenden wirtschaftlichen Entwicklung zusammen. Die indische Wirtschaftsstruktur ist nach wie vor von der Kolonialherrschaft geprägt: Weil die britische Herrschaft die industrielle Entwicklung verhindert hat, trägt der Industriebereich nur mit 15 Prozent zur Wirtschaftsleistung bei. Die aktuelle Entwicklung Indiens scheint das Industriezeitalter in hohem Maße zu überspringen und eine Abkürzung vom Agrar- direkt in das Digitalzeitalter zu ermöglichen. Die Zahl der Smartphone-Nutzer soll sich laut Ericsson Mobility Report von aktuell rund 250 Millionen bis 2021 auf 800 Millionen erhöhen. Indiens IT-Wirtschaft gehört zu den führenden der Welt. Bemerkenswert dabei ist die große Zahl an qualifizierten Auslandsindern, von denen überdurchschnittlich viele in den USA – insbesondere im Silicon Valley – erfolgreich sind.

• 6 •

Vor diesem Hintergrund hat das Land die Chance, vom Nachzügler Asiens zur nächsten asiatischen Wirtschafts- und Großmacht zu werden. Das starke Wachstum ist eine Folge der Reformen, die Anfang der 1990er-Jahre unter Premierminister Manmohan Singh begonnen wurden und nun unter Premier Narendra Modi fortgesetzt werden. Es ist anzunehmen, dass er die nächstjährigen Parlamentswahlen gewinnt, um diesen Weg fortsetzen zu können.

Es wäre das fehlende Glied in der Kette, die für Asiens Wiederaufstieg sorgt. Noch vor 200 Jahren betrug der Anteil Asiens an der globalen Wirtschaftsleistung 60 Prozent, im Falle Chinas 30 Prozent und Indiens 20 Prozent. Nach dem Zweiten Weltkrieg betrug er nur noch 15 Prozent, jener Chinas und Indiens je etwa vier Prozent. Inzwischen ist das Gewicht wieder auf 30 Prozent gestiegen, jenes von China hat auf 15 Prozent zugenommen, womit es hinter den USA zur weltweit zweitgrößten Ökonomie aufgestiegen ist und in nicht allzu großer Ferne den ersten Platz erreichen wird.

Das Asien-Comeback hat in Japan begonnen und wurde

von den vier asiatischen Tigerstaaten Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur weitergeführt. Nach China folgt mit einigem Abstand Indien: Der Elefant steht mit vier Prozent Anteil an der globalen Wirtschaftsleistung noch im Schatten des Drachen. Doch Indien hat inzwischen mit etwa 7,5 Prozent die höchste Wachstumsrate und wird in Kürze der bevölkerungsreichste Staat der Erde sein. Mit einem Medianalter von 27 Jahren wird es eine viel jüngere Bevölkerung aufweisen als China mit 37 Jahren. In Österreich liegt dieser Wert bei 44, in Deutschland bei 46 Jahren.

Dieser natürliche Reichtum erfordert jährlich zwölf Millionen zusätzliche Arbeitsplätze, wozu Indien zweistellige Wachstumsraten benötigen würde. Das Bestreben dazu ist in der politischen Elite des Landes vorhanden.

Eine wesentliche treibende Kraft ist dabei die Erzrivalität mit China. Indien fühlt sich durch die dynamische Supermacht in mehrfacher Weise bedroht. Das betrifft zum einen die anhaltenden chinesisch-indischen Grenzstreitigkeiten, vor allem im Bereich des Shiliguri-Korridors, der zwischen Nepal und Bhutan wie ein Hühnerhals das Land mit seinen nordöstlichen Teilen verbindet: In diesen schmalen Durchgang stießen schon im indisch-chinesischen Krieg von 1962 chinesische Truppen vorübergehend vor und schnitten damit Nordostindien vom Hauptteil des Landes ab. Weitere Spannungen gibt es im Bereich des Doklam-Plateaus und der Provinz Arunachal Pradesh, der für die Chinesen „Südtibet“ darstellt.

Zum anderen gibt es die Dauerkonfrontation zwischen Indien und Pakistan wegen Kaschmir, an dem auch China Gebietsinteressen hat, womit drei Atommächte involviert sind. In drei kriegerischen Auseinandersetzungen – 1947 bis 1949, 1965 und 1971 – hat sich das bereits manifestiert. Für Indien ist weiters der chinesisch-pakistanische Wirtschaftskorridor (CPEC) vom Kaschgar im Westen Chinas durch umstrittenes Kaschmirgebiet bis zum Hafen Gwadar eine Bedrohung. Dies betrifft insbesondere dann auch die neue maritime Seidenstraße vom Chinesischen Meer bis in den Persischen Golf und über das Rote Meer – samt den Flaschenhälsen der Straßen von Malakka, Hormus und Bab al-Mandab.

China schafft mit einer Reihe von Stützpunkten in Kyaukpyu (Myanmar), Chittagong (Bangladesch), Hambantota (Sri Lanka),

Gwanda (Pakistan) bis nach Dschibuti am Horn von Afrika eine Küstenachse von Häfen zur Sicherung der Seewege. Damit ist der Drache in den Hinterhof des Elefanten, den Indischen Ozean, gelangt.

Indien fühlt sich damit zunehmend umzingelt und sucht durch eine Politik der Gegengewichtsbildung seinerseits eine strategische Antwort auf die chinesische Herausforderung. Das Kräftemessen um politischen, wirtschaftlichen und strategischen Einfluss in der Region ist mit erheblichem Konfliktpotenzial verbunden, weshalb es nicht unwahrscheinlich ist, dass mit der Verschiebung des ökonomischen Kraftzentrums der Welt nach Asien der Konflikt um die globale Vorherrschaft zwischen den beiden asiatischen Supermächten ausgetragen wird.

Die am Beginn dieser Schrift beschriebenen Versöhnlichkeitsgesten zwischen Xi Jinping und Narendra Modi, die im Juni 2018 am Shanghai Cooperation Forum ihre Fortsetzung fanden, sind als Zeichen dafür zu werten, dass sich die beiden Staatschefs dieses Konfliktpotenzials in höchstem Maß bewusst sind.

. . .

• 8 •

## CHINA: WIE ÖFFNET MAN EIN LAND?

Die ersten Monate des Jahres 2018 haben offenbart, dass China in einer heiklen Phase seines atemberaubenden, seit vier Jahrzehnten dauernden Aufstiegs angelangt ist. Es strotzt vor Selbstbewusstsein und zeigt das auch auf der Weltbühne. Doch die Nachricht, dass sich Staatspräsident Xi Jinping die Möglichkeit einer lebenslangen Amtszeit einräumen hat lassen, hat nicht nur westliche Beobachter in Sorge versetzt, deren Demokratien von Langzeitregenten wie Russlands Wladimir Putin und dem türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan zusehends unter Druck gesetzt werden. Auch im Gefüge der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) selbst dürfte die Nachricht nach Einschätzung von Beobachtern zu Spannungen geführt haben. Anders ist nicht zu erklären, warum Xi kurz nach der Verfassungsänderung entsprechende Ambitionen gleich wieder öffentlich abgeschwächt hat.

Doch wie ist dieser bemerkenswerte Öffnungsprozess gelungen? Nach dem „Jahrhundert der Demütigung“, wie die Chi-

nesen die Jahrzehnte nach der zwangsweisen Öffnung durch die westlichen Mächte im Gefolge der Opiumkriege bezeichnen, gab Mao mit der Gründung der Volksrepublik 1949 den Chinesen zwar Souveränität und Stolz zurück, aber keine Prosperität. Das gigantisch fehlgeschlagene Wirtschaftsexperiment des „Großen Sprungs nach Vorn“ zwischen 1957 und 1962 und die zehn blutigen, ideologisch vergifteten Jahre der Kulturrevolution ab 1966 ließen weite Teile des Volkes und der kommunistischen Kader die Rückschrittlichkeit des eigenen Wirtschaftssystems erkennen.

Deng Xiaoping, der de facto 1978 an die Macht kam, baute somit auf eine breit vorhandene Sehnsucht nach Veränderung auf. China wurde unter dem 1,58 Meter kleinen Mann Schritt für Schritt in die Weltwirtschaft und das globale Institutionengefüge integriert. Die Öffnung begann mit dem Eingeständnis der eigenen Rückständigkeit. Nach den Jahrzehnten der Selbstblendung suchte Deng „Wahrheit durch Fakten“, so eine seiner berühmten Losungen.

Dass auch unter den Parteikadern nach Maos Tod der Meinungsumschwung auf breiter Ebene in so kurzer Zeit gelang, ist den zahlreichen Delegationsreisen ins Ausland zu verdanken. Ihr Zweck war eine Art Benchmarking: „Je mehr wir sehen, umso klarer wird uns, wie sehr wir hinterherhinken“, soll Deng gesagt haben. 21 solcher Missionen gab es allein 1978, in der Regel unter der Führung von Vizepremierministern.

Keine dieser Tournen hatte aber eine ähnlich weitreichende Wirkung wie eine fünfwöchige Reise im Mai und Juni 1978, deren Teilnehmer den real existierenden Kapitalismus in Westeuropa inspizieren sollten. Die zwanzigköpfige Delegation bereiste 15 Städte in Deutschland, der Schweiz, Frankreich, Dänemark und Belgien. Begeistert berichteten die Mitreisenden bei ihrer Rückkehr den Parteiobersten, was sie gesehen und erlebt hatten: wie freundlich und zuvorkommend sie, obwohl gemäß der Logik des Kalten Kriegs aus einem feindlichen Land stammend, überall behandelt worden seien; wie hoch der Lebensstandard von einfachen Arbeitern sei und wie wenig deren Arbeitsverhältnisse nach kapitalistischer Ausbeutung aussähen; wie weit entwickelt Fabriken, Forschungsinstitute, aber auch die Landwirtschaft in den europäischen Ländern seien. Besonders beeindruckt zeigten sich die Delegationsmitglieder vom Computereinsatz in einem Schweizer



Kraftwerk und am Pariser Flughafen Charles de Gaulle, wo Start und Landung elektronisch koordiniert wurden. In Bremerhaven bestaunten die Besucher erstmals, wie moderne Container auf Schiffe gehoben wurden.

Das wichtigste Reisemitbringsel war folglich das von Deng intendierte: die Erkenntnis, dass der Westen überlegen war. Und Deng wurde in diesen Wochen und Monaten nicht müde, diese schmerzliche Tatsache gegenüber westlichen Partnern, aber auch im eigenen Land wieder und wieder zu betonen.

Ein Meilenstein war die Errichtung kapitalistischer Enklaven auf dem chinesischen Festland, sogenannter Special Economic Zones (SEZ). In diesen Sonderwirtschaftszonen an der Küste sollten westliche Unternehmen mit chinesischen Partnern Joint Ventures bilden können. Offiziell etabliert wurden die ersten vier Sonderwirtschaftszonen, alle im Süden Chinas situiert, Ende August 1979. Die bekannteste wurde Shenzhen in der Provinz Guangdong – vor den Toren Hongkongs, das damals noch britische Kronkolonie war. Deng war bei einem Besuch in Guangdong darauf aufmerksam gemacht worden, dass zehntausende junge Chinesen ins prosperierende Hongkong zu fliehen versuchten, indem sie schlicht über die Grenze rannten oder schwammen. In Hongkong gab es Arbeitsmöglichkeiten und westlichen Lifestyle inklusive Jeans und Coca-Cola. Das Regime hatte bis dahin mit Stacheldrahtzäunen und Haft für jene reagiert, die auf der Flucht gefasst worden waren. Deng hingegen erklärte, dass die Kluft zwischen den Lebensstandards beiderseits der Grenze zu groß geworden sei – und dass die Antwort darauf eine ökonomische sein müsse.

Nach ähnlich experimentellem Muster wurde auch die Landwirtschaft transformiert, in der Mitte der 1970er Jahre 80 Prozent der Chinesen beschäftigt waren: Man ließ einen Versuchsballon auf lokaler Ebene steigen und wandte die positiven Ergebnisse schließlich im Ganzen an. Die erfreulichen Ernteresultate des Jahres 1978 gaben den Reformern recht; ihre Ideen setzten sich schließlich auch auf höchster Ebene durch. Binnen vier Jahren verdoppelten sich in China die Bauerneinkommen. 1982 wurden die Volkskommunen abgeschafft; sukzessive traten die Gemeinden als unterste Verwaltungsebenen an ihre Stelle. Der Fokus auf den Aufbau einer heimischen Textilindustrie beflügelte auch den Agrarsektor. 1981

war die Volksrepublik weltweit noch der viertgrößte Importeur von Baumwolle gewesen. Ab 1985 war sie Exporteur.

Das Start-up-Fieber konnte aber nur grassieren, weil privates Unternehmertum in einer ganzen Reihe von Sektoren zugelassen wurde. Nur, wo sollte man die Grenze zwischen offiziell noch immer verpönten Kapitalisten und kleinen Entrepreneuren ziehen? Listig zogen die Pragmatiker in der KPCh den vierten Band von Karl Marx' Das Kapital zu Rate, in dem ein Unternehmer mit acht Mitarbeitern als Ausbeuter beschrieben wurde. Solange jemand also nicht mehr als sieben Beschäftigte hatte, schlussfolgerten sie, ging er als Arbeiter durch.

Kaum legalisiert, schossen hunderttausende Friseurläden, Restaurants, Geschäfte für T-Shirts oder Reparaturshops für Fahrradreifen aus dem Boden. Die Dynamik, das wurde auf diese Weise allen vor Augen geführt, lag auf der privaten Seite. 1987 wurde die Sieben-Mitarbeiter-Grenze aufgehoben.

Deng, der sich selbst als Militär bezeichnete, definierte die Rolle von Wissenschaft und Bildung in der Volksrepublik neu. Er betrachtete sie als Schlüsselfaktoren, um den Wandel herbeizuführen. Maos intellektuellenfeindliche Politik hatte Deng zwar in den fünfziger Jahren noch maßgeblich mitgetragen; bis Mitte der siebziger hatte er seine Ansichten jedoch grundlegend geändert. Er forderte nun, geistige Arbeit als körperlicher Arbeit ebenbürtig anzuerkennen. Anders als die Führer der Sowjetunion, wo die Angst vor potentiellen Überläufern ins kapitalistische Lager stark ausgeprägt war, glaubte Deng auch fest daran, dass qualifizierte Auslandschinesen auch dann von Nutzen sein würden, wenn sie nicht wieder ins Heimatland zurückkehrten. Mit seinem berühmten USA-Besuch im Januar 1979, dem offiziellen Startschuss zur Normalisierung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, begannen auch die ersten fünfzig chinesischen Studenten in Übersee zu studieren. Insgesamt haben bis Mitte 2016 mehr als vier Millionen Chinesen ihr Land fürs Studium verlassen; nach offiziellen Angaben ist rund die Hälfte davon zurückgekehrt.

So linear die Öffnung und der Aufstieg Chinas im Rückblick angesichts der Wachstumsraten von durchschnittlich fast zehn Prozent seit 1978 erscheinen – insbesondere in den ersten 15 Jahren stand der Reformprozess mehrmals auf der Kippe. Die

Überhitzung der Wirtschaft Ende der 1980er verursachte enorme parteiinterne Turbulenzen; die ersten Studentenproteste ab 1986 waren auch die Proteste der angehenden akademischen und Verwaltungselite, die sich durch den Fokus auf die Wirtschaft und bedingungslose Wachstumsziele marginalisiert sah. Die blutige Niederschlagung der Proteste auf dem Tiananmen-Platz in Peking am 4. Juni 1989, die mehreren hundert Menschen das Leben kostete, drohte die Entwicklung endgültig zu stoppen.

Deng gelang es, sein Lebenswerk zu retten und mit Jiang Zemin als Generalsekretär und Staatspräsident und mit Zhu Rongji als Premierminister Vertrauensleute zu installieren, die für „relative Stabilität und ein schnelles – sogar spektakuläres – wirtschaftliches Wachstum“ sorgten, wie Deng-Biograf Ezra Vogel 2011 schrieb. Sein Fazit: „Heute leben Hunderte Millionen Chinesen in größerem Wohlstand als vor 1989, und sie haben einen besseren Zugang zu Informationen und weltweiten Ideen als jemals zuvor in der chinesischen Geschichte.“

• • •

• 12 •

## VORWÄRTS!

Die Volksrepublik will weder Werkbank der Welt, wie in den ersten Jahrzehnten nach der Öffnung, noch Imitationschampion bleiben. Das bezeugt ihre Hightech-Strategie „Made in China 2025“, in deren Rahmen etwa die Weltdominanz in der Robotik erreicht werden soll, einer Schlüsseldisziplin der Digitalisierung. Der Kauf des deutschen Herstellers Kuka 2015 passt exakt in diese Strategie; auch der deutsche Siemens-Konzern hat seine Zentrale für Forschung im Bereich der autonomen Robotik nach China verlegt. Bis 2030 will China Weltmarktführer im Bereich der Künstlichen Intelligenz sein, der Sektor soll bis dahin einen Umsatz von 150 Milliarden Dollar erreicht haben. Der Weg von der Imitationsökonomie in die Innovationsökonomie ist noch lang, aber die Anstrengungen sind ebenso gewaltig wie glaubwürdig.

Charakteristisch für das chinesische Denken sind extrem langfristig gesteckte Ziele: Nicht nur die berühmten Fünfjahrespläne geben den Takt vor, auch über Dekaden reichende Visionen.

2049, das hundertjährige Jubiläum der Staatsgründung, gilt etwa als leuchtendes Datum am Horizont, bis zu dem der Supermachtstatus endgültig fixiert werden soll.

Staatspräsident Xi Jinping lässt dabei gleichsam planmäßig träumen: Bis 2035 soll China Innovationsführer in wichtigen Technikbereichen sein, aber auch Umweltschutz, Rechtssicherheit, und die Bedürfnisse der stark gewachsenen Mittelklasse entschieden verbessert haben. Bis 2049 gilt es dann, „modern, stark und wohlhabend“ zu werden, so die Leitvision. Ob das - ebenfalls mit einem Masterplan unterlegte - Ziel von Fußballfan Xi realistisch ist, Chinas Fußball-Nationalmannschaft bis 2050 an die Weltspitze zu puschen, scheint derzeit die träumerischste all der Vorgaben von der Staatsspitze zu sein - für die WM in Russland 2018 hat sich das Team jedenfalls nicht qualifiziert.

Aus den beeindruckenden Jahrzehnten seit 1980 schlusszufolgern, dass die gesetzten Ziele auch in der Zukunft erreicht werden, ist jedoch kurzsichtig. Umwelt- und Menschenrechtsfragen sind in den letzten Jahren nicht weniger drängend geworden, auch wenn die Proteste gegen das Regime vergleichsweise verhalten und isoliert bleiben. 300 Millionen Wanderarbeiter ohne Heimatrecht sind eine tickende Zeitbombe. Die Xi eingeräumte Möglichkeit, sich zum Präsidenten auf Lebenszeit ernennen zu lassen, widerspricht der Erfolgsformel der „kollektiven Führung“, wie sie Deng Xiaoping praktizierte.

Die Digitalisierung zu begrüßen, aber die eigenen Digitalmärkte abzuschotten, auch aus diffusen Ängsten vor unkontrollierbarer Meinungsfreiheit heraus, ist mittelfristig ebenfalls eine fragwürdige Strategie. Die letzten Berichte über ein auf Wohlverhalten ausgerichtetes staatliches Social Credit System, das in Versuchsregionen derzeit ausgetestet wird, hätte sich selbst George Orwell in seinem berühmten Roman „1984“ nicht auszumalen getraut. Diese strafferen Zügel laufen den eigenen Zielsetzungen im Bereich Innovation zuwider: Kreativität braucht Freiheit. Deng Xiaoping hatte auf einen graduellen kontrollierten Zuwachs an individuellen Freiheiten gesetzt; dieser Trend scheint sich nun umzukehren.

Extrapolationen der Vergangenheit in die Zukunft sind deshalb fehl am Platz.

Der spektakuläre Aufstieg des fernöstlichen Reichs hat nicht

nur Konsequenzen für das globale Wirtschafts- und Politikgefüge, sondern auch für das Werteuniversum. Nicht zufällig sind beliebte Partner Chinas im Rahmen von Belt-And-Road-Initiative (BRI) - etwa im so genannten 16+1-Format - die Länder Osteuropas, wo von Ungarn bis Polen dem Modell der „illiberalen“ Demokratie gehuldigt wird, in dem Menschenrechte tendenziell als Angelegenheit des jeweils eigenen Herrschaftsbereichs betrachtet werden.

Auch aus diesem Grund könnte Indien, die größte Demokratie der Welt, als strategischer Partner für die USA oder die EU interessant sein – aus ökonomischen Überlegungen ist es das ohnehin. Wer sich durch indische Städte bewegt, gewinnt zwar heute noch den Eindruck, dass Chaos eine höhere Form der Ordnung ist. Wie dieses System trotz Kastenwesen etc. funktions- und entwicklungsfähig ist, bleibt für Außenstehende vielfach ein Rätsel.

Doch seit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Narendra Modi ist der Premier jedenfalls bemüht, mit groß angelegten Initiativen eine langfristige Orientierung zu gewährleisten. „Make in India“ etwa, 2014 ins Leben gerufen, soll möglichst viele produzierende Unternehmen dazu bewegen, sich in Indien niederzulassen bzw. dort zu produzieren. Mit über 60 Billionen Dollar ausländischer Direktinvestitionen überholte das Land 2015 als Investitionsstandort auch erstmals die USA und China. Im Rahmen der zwei Jahre später gestarteten Initiative „Start-up India“ sollen die vorhandenen technologischen Stärken und die Digitalperspektiven des 1,4-Milliarden-Einwohner-Landes gestärkt werden. Große Investoren im Startupbereich sind bisher die japanische Softbank und die US-Konzerne Google und Oracle.

• 14 •

• • •

## **CHINA, INDIEN & DER REST DER WELT**

Das kleinste der drei großen Weltmeere wird künftig das wichtigste sein, schrieb die Neue Zürcher Zeitung Mitte Mai 2018 mit Fokus auf den Indischen Ozean. Die am schnellsten wachsenden Wirtschaftsräume der Welt liegen in dieser Region, in der ein Drittel der Weltbevölkerung lebt und 40 Prozent der weltweiten Öl- und Gasreserven liegen. 90 Prozent des indi-

schen Außenhandels werden über den Seeweg abgewickelt, und bereits die Hälfte der maritimen Öltransporte Chinas geht ebenfalls über den Indischen Ozean.

Die Volksrepublik arbeitet am Aufbau einer Kriegsflotte, die einerseits die Versorgungswege durch die indonesische Inselwelt und den Indischen Ozean sichern soll und andererseits die Dominanz der in diesen Räumen operierenden US-amerikanischen Kriegsschiffe brechen soll. Das kann auf längere Sicht zu einer chinesisch-amerikanischen Konfrontation führen.

Von Analysten mit historischem Blick wird gerne wieder das Wort vom „Großen Spiel“ in den Mund genommen, wie das Ringen der Großmächte um Einfluss in dieser Region im 19. Jahrhundert genannt wurde. Tatsache ist, dass Indien wirtschaftlich aufholt, aber das Wachstumsdifferenzial zu klein ist, um aus eigener Kraft ein starkes Gegengewicht zu China zu bilden. Die Wirtschaftsleistung beträgt ein Fünftel, das Militärbudget ein Drittel desjenigen der Volksrepublik.

China pflegte unter Premierminister Hu Jintao das Image eines „friedlichen Aufstiegs“. Doch seit den Territorialkonflikten im Südchinesischen Meer – ein Gebiet zwischen China und Malaysia, den Philippinen und Vietnam, eingegrenzt durch die von China definierte sogenannte Neun-Strich-Linie – wird die Volksrepublik zusehends als aggressiv empfunden.

Dagegen wird Indien derzeit noch als „gütige, aufstrebende Macht“ wahrgenommen, obwohl es als strategischer Partner nolens volens schon jetzt ein Schlüsselspieler ist. Der geplante ökonomische Korridor zwischen China und Pakistan (China-Pakistan-Economic-Corridor – CPEC) im Rahmen der neuen Seidenstraßen-Initiative BRI (Belt and Road Initiative) ist dem Land, das China in absehbarer Zeit als bevölkerungsreichstes Land überholt haben wird, ein Dorn im Auge. Der indische Premierminister Narendra Modi hat deshalb die Einladung zum „Belt and Road Forum for International Cooperation“ im Mai 2017, der großen Auftaktinitiative zu Chinas Jahrhundertprojekt in Beijing, demonstrativ nicht angenommen. Nicht von ungefähr wurde zuletzt wieder über eine stärkere Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich zwischen den USA, Japan, Australien und Indien („Quad“) diskutiert.

Indien als womöglich engerer Partner der USA, Pakistan als „Allwetterpartner“ Chinas – der Umgang der beiden Anrainer-Atomkräfte miteinander ist ein wichtiger Schlüssel für die friedliche Entwicklung am Indischen Ozean. Beide Staaten verfügen über jeweils 120 bis 150 nukleare Sprengköpfe, 1,2 Millionen indischen Soldaten steht eine rund halb so große pakistanische Armee gegenüber. Auch vor diesem Hintergrund sind die potenziellen Auswirkungen der BRI zu betrachten.

Denn BRI steht nicht bloß für irgendein Infrastrukturprogramm. Es ist der chinesische Versuch, die handelspolitischen Wege in den Westen abzusichern und die ökonomische Einflusszone bis weit nach Ostafrika und Europa zu erweitern. Viele Ziele, die der berühmte Admiral Zheng He im 15. Jahrhundert mit seiner Flotte ansteuerte, markieren nun gleichsam die natürlichen Expansionsräume eines neuen, machtbewussten China im 21. Jahrhundert. Mit den Initiativen zur Schaffung einer terrestrischen und maritimen, bald auch einer polaren Seidenstraße und der Zielsetzung „Made in China 2025“ (siehe auch Kapitel 5) arbeitet China konsequent am Aufbau seiner regionalen und à la longue auch globalen Vormachtstellung.

• 16 •

Wenn die Pläne umgesetzt werden, verkürzt sich die Zeit, die ein Frachtzug von Rotterdam nach Beijing zurücklegen muss, bis 2030 von bisher rund einem Monat auf zwei Tage. Laut offiziellen Angaben sind inzwischen 100 Länder in BRI involviert, Leitprojekte sind die 3.000 Kilometer lange Hochgeschwindigkeits-Zugverbindung zwischen China und Singapur und Erdgas-Pipelines in Zentralasien. Sogar über eine Ausweitung von BRI auf Südamerika denkt Beijing nach. Xi propagiert eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten. Der Vorstandsvorsitzende des deutschen Siemens-Konzerns, Joe Kaeser, sieht in dem Megaprojekt den Anfang vom Ende einer alten Weltwirtschaftsordnung: „Die Belt-and-Road-Initiative wird die neue WTO sein, ob wir das wollen oder nicht.“

Dass der CPEC, den wir bereits im zweiten Teil dieser Schrift erwähnt haben, enormes Konfliktpotenzial hat, liegt auf der Hand. Dieser von China finanzierte Transport- und Wirtschaftskorridor verbindet den neuen pakistanischen Tiefseehafen Gwadar mit Xinjiang, der westlichsten chinesischen Provinz.

Kosten: 54 Milliarden Dollar. Der Weg von Öltransporten aus dem Nahen Osten nach Westchina verkürzt sich durch diesen „Hintereingang“ für die Chinesen um einige tausend Kilometer. 91 Prozent der Einnahmen aus Gwadar fließen in den nächsten 40 Jahren steuerfrei an China. Es ist also keine Frage, wer die Hoheit über Gwadar hat.

Ob die Wette auf einen durch die Errichtung neuer Infrastruktur befeuerten Handelsboom aufgeht, hängt auch davon ab, wie friedlich sich die Region insgesamt entwickelt. Gwadar befindet sich in der unruhigen Provinz Belutschistan, die auch an Afghanistan grenzt. CPEC ist ein potenzielles Anschlagziel für Terroristen. Die chinesische Botschaft hat ihre Landsleute in der Region Ende 2017 explizit vor Attacken gewarnt. 15.000 Soldaten hat Pakistan allein für den Schutz des Hafens Gwadar abgestellt.

Gefährlich ist diese Situation, solange die aktuelle Weltunordnung anhält. Unter US-Präsident Donald Trump haben sich die Vereinigten Staaten vom primus inter pares der westlichen Welt zu einem unberechenbar agierenden Player entwickelt. Aggressiver Unilateralismus ohne Rücksicht auf bisherige Gepflogenheiten und die neue ökonomische Gewichtsverteilung ist das Wesensmerkmal der neuen Scharfmacher in der Trump-Administration, allen voran des neuen Außenministers Mike Pompeo und des Nationalen Sicherheitsberaters John Bolton. Die rezenten Entscheidungen in der Iran-, ebenso wie in der Israel- und Russlandpolitik der Amerikaner sind von abrupten Manövern und dem unbedingten Willen zur Machtdemonstration geprägt. Ein zentraler Hebel ist die Handelspolitik: Das bisherige Muster an erst angedrohten, dann abgemilderten, darauf abgesagten und schließlich verhängten Sanktionen gegen China, die EU oder Russland lässt erkennen, dass es keine US-Strategie außer jene des schnellen Dealmaking durch maximalen Druckaufbau zu geben scheint.

Das könnte andererseits neue außen- und wirtschaftspolitische Allianzen begünstigen, etwa zwischen der EU und China oder zwischen einzelnen EU-Staaten und Indien. Nicht von ungefähr streben Frankreich, das über Militärbasen in Dschibuti, Abu Dhabi und auf der Insel Réunion verfügt, und Indien eine maritime Sicherheitspartnerschaft an. Fernöstliche Intel-



lektuelle wie der in Singapur lehrende Politologe Kishore Mahbubani fordern den Westen generell auf, den Wiederaufstieg Asiens als Faktum anzuerkennen und sich in eine kooperative Weltordnung zu fügen. Zentrale Vehikel dieser Ordnung sollten weiterhin etablierte Institutionen wie UNO und WTO sein. Ihre Entscheidungsgremien sollten aber laut Mahbubani um Mitspracherechte für die „Neuen“ gemäß ihrem neuen Gewicht erweitert werden.

Die beschriebenen Entwicklungen in China und Indien werden maßgeblich das Weltgeschehen im 21. Jahrhundert mitbestimmen. Um diese Tatsache wird auch Europa nicht herumkommen, umso weniger, als wir in den transatlantischen Beziehungen ebenso wie in Osteuropa derzeit problematische Verhältnisse vorfinden und im Übrigen mit einem „Ring of Fire“ von Afghanistan bis Nordafrika konfrontiert sind.

. . .

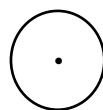
NACHLESE Das jüngste Buch, das sich mit dem Wiederaufstieg von Indien und China, aber auch mit Indonesien beschäftigt, hat der Politologe Kishore Mahbubani verfasst. Er unterrichtet an der Lee Kuan Yew School of Public Policy an der National University of Singapore und vertritt in *Has the West lost it?* die These, dass Asien, aber auch Teile Afrikas nach 200 Jahren der Rückständigkeit den Westen quasi mit seinen eigenen Tugenden schlagen: Der Idee von Good Governance. Damit kehren sie an jenen Platz der Weltpolitik und –wirtschaft zurück, den sie bis 1800 innehatten. Mahbubani zwingt in seinem Mitte 2018 erschienenen Buch die westlichen Betrachter, bisher nicht wahrgenommene Erfolgsgeschichten außerhalb der USA und Europas anzuerkennen. So belegt er im Detail ökonomische und bildungspolitische Fortschritte von Ländern wie Malaysia, aber auch Pakistan und Bangladesch.

Von Mahbubani ist es nicht weit zu Joschka Fischers wenige Monate davor erschienenem Buch *Abstieg des Westens*. Der ehemalige deutsche Außenminister beobachtet, dass die amerikanische Weltordnung vom US-Präsidenten bewusst zerstört zu werden droht – Donald Trumps Rückzug aus multilateralen Verpflichtungen in Nato oder WTO stellen die transatlantischen

Bündnispartner vor neue Herausforderungen. Am Ende steht – einmal mehr – ein Aufruf zu europäischer Einigkeit und Stärke.

Inspiriert von einer sechsmonatigen Reise von Baku über Samarkand und Wladiwostok nach Beijing ist Bruno Maçães' Buch *The Dawn of Eurasia* eine politische Analyse und Reiseerzählung zugleich. Der frühere portugiesische Europaminister argumentiert, dass die Teilung zwischen Europa und Asien eine künstliche ist – und dass die EU dieses Faktum realisieren muss, um ihr eigenes politisches Projekt zu sichern. Einen nicht bloß passiven, sondern aktiv gestaltenden Umgang mit Chinas Belt and Road Initiative hält Maçães für dringend geboten.

Bereits 2017 erschienen – und im Kern die Überarbeitung eines Magazintextes aus dem Jahr 2015 – ist Graham Allison's reizvolle Studie *Destined for War*. Darin geht er der Frage nach, wie wahrscheinlich es ist, dass Chinas rasanter Aufstieg in einen militärischen Konflikt mit den USA mündet. Der Harvard-Politikwissenschaftler untersucht dazu geschichtliche Situationen, in denen eine aufstrebende Macht eine dominante herausgefordert hat, beginnend mit dem antiken Beispiel von Athen und Sparta. In zwölf von 16 Fällen, die Allison identifiziert hat, schnappte die „Thukydides-Falle“ zu, benannt nach dem griechischen Chronisten des Peloponnesischen Kriegs im fünften vorchristlichen Jahrhundert. Thukydides charakterisierte diesen Konflikt angesichts des Aufstiegs Athens als „unausweichlich“. Allison beschreibt die Kriegsgefahr zwischen China und USA als real, kommt aber zum Schluss, dass es trotz Spannungen gute Chancen und historische Vorbilder gebe, einen lange währenden Frieden auszuverhandeln.



## LITERATUR

- GRAHAM ALLISON: *Destined for War. Can America and China Escape Thucydides's Trap?*, BOSTON 2017.
- HANNES ANDROSCH: *Epilog*, in: HANNES ANDROSCH, BERNHARD ECKER, HEINZ FISCHER (HG.): *1848 - 1918 - 2018. 8 Wendepunkte der Geschichte*, WIEN 2017.
- BERNHARD ECKER: *Chinas Aufbruch in den Westen*, IN: EBDA.
- BERNHARD ECKER: *Der Vertrag von Nanjing*, in: HANNES ANDROSCH, BERNHARD ECKER, MANFRED MATZKA (HG.): *1814 – 1914 – 2014. 14 Ereignisse, die die Welt verändert haben*, WIEN 2014.
- JONATHAN FENBY: *Will China Dominate the 21st Century?*, CAMBRIDGE 2017
- JOSCHKA FISCHER: *Der Abstieg des Westens. Europa in der neuen Weltordnung des 21. Jahrhunderts*, KÖLN 2018
- SVEN HANSEN U.A.: *Chinas Aufstieg. Mit Kapital, Kontrolle und Konfuzius*, BERLIN 2018.
- GERD KAMINSKI: *Von Österreichern und anderen Chinesen*, WIEN 2011.
- PARAG KHANNA: *Connectography. Mapping the Future of Global Civilization*, NEW YORK 2016.
- HENRY KISSINGER: *China. Zwischen Tradition und Herausforderung*, MÜNCHEN 2011.
- FELIX LEE: *Macht und Moderne. Chinas großer Reformier*, BERLIN 2014.
- BRUNO MAÇÃES: *The Dawn of Eurasia. On the Trail of the New World Order*, LONDON 2018.
- KISHORE MAHBUBANI: *Has the West lost it? A Provocation*, LONDON 2018.
- EZRA F. VOGEL: *Deng Xiaoping and the Transformation of China*, CAMBRIDGE/MASSACHUSETTS, LONDON/ENGLAND 2011.